

Tschechische Republik

Volker Weichsel

Tschechien ist im Jahr 2019 auf dem Weg, sich in die Gruppe jener EU-Mitgliedstaaten einzureihen, deren Regierungen in einen schweren Konflikt mit der Europäischen Kommission verwickelt sind. Anders als in Ungarn, Polen und Rumänien geht es bislang nicht um die grundlegende Frage der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz, wohl aber um eine Kernfrage von Staatlichkeit: Die Scheidung des Öffentlichen und des Privaten. Gegenstand der Auseinandersetzung ist die Vergabe von Fördermitteln aus den EU-Strukturfonds an Unternehmen der Agrofert-Gruppe, einem vor allem in der Landwirtschaft, im Bauwesen und im Logistiksektor tätigen Firmenkonglomerat, das Ministerpräsident Andrej Babiš aufgebaut hat und dessen Eigentümer er bis zum Jahr 2017 war. Nach Ansicht der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission, die diese in einem 70-seitigen vorläufigen Rechnungsprüfungsbericht dargelegt hat, habe Babiš „entscheidenden direkten wie indirekten Einfluss“ auf den Konzern, ungeachtet dessen, dass er dessen Verwaltung 2017 in die Hände zweier Treuhandfonds übergeben hat. Gleichzeitig sei er als Ministerpräsident – sowie auch in seinem früheren Amt als Finanzminister – an Entscheidungen im Zuge der Vergabe der Fördermittel auf der nationalen Ebene beteiligt gewesen. Es lägen ein massiver Interessenkonflikt und ein Verstoß gegen EU-Förderrichtlinien vor. Zwar könne für die vor 2017 an Agrofert gezahlten Gelder keine Rückforderung geltend gemacht werden, da das Verbot von Interessenkonflikten im tschechischen Recht nicht präzise genug definiert gewesen sei. Dies habe sich allerdings mit einer im Februar 2017 in Kraft getretenen Gesetzesnovelle geändert, die das tschechische Recht in Einklang mit den EU-Richtlinien brachte. Daher fordert die Europäische Kommission die Rückzahlung von Fördermitteln in Höhe von 17 Mio. Euro.¹

Andrej Babiš hat den Vorwurf umgehend zurückgewiesen. Im tschechischen Abgeordnetenhaus macht er aus der Angelegenheit eine nationale Frage und erklärte, es handele sich um einen „Angriff auf die Tschechische Republik“, die Europäische Kommission versuche, „die Tschechische Republik zu destabilisieren“². Da Babiš privates und das tschechische öffentliche Interesse seit dem politischen Aufstieg des Unternehmers tatsächlich eng verquickt sind, ist dies nicht nur als so erwartbare wie durchschaubare Verteidigungsstrategie zu werten, sondern durchaus als die reale Sicht des tschechischen Ministerpräsidenten auf die Lage der Dinge.

1 Audit odtajněn: co přesně je ve zprávě o Babišově střetu zájmů. Echo24.cz, 1.6.2019. Der an tschechische Medien durchgestochene und von diesen ins Internet gestellte Bericht ist abrufbar unter: https://de.scribd.com/document/412075328/Audit-Report-Agrofert#fullscreen&from_embed (letzter Zugriff: 16.9.2019). Die Kommission untersuchte 36 von insgesamt 98 Fällen, in denen in den Finanzperioden 2007-2013 und 2014-2020 aus dem Sozialfonds, dem Kohäsionsfonds oder dem Fonds für regionale Entwicklung Gelder bewilligt wurden, die an Unternehmen der Agrofert-Gruppe flossen. Der Gesamtwert der bewilligten Gelder betrug knapp 64 Mio. Euro, jener der untersuchten Fälle 50,6 Mio. Euro.

2 Babiš: Audit je „útok na Česko“, in: Aktuálně.cz, 11.6.2019, eigene Übersetzung.

Offen ist, ob er sich mit dieser Sicht durchsetzen kann. Dagegen spricht, dass die von der Vereinigung Milion chvilek (Eine Million Momente) angeführte Protestbewegung, die sich gegen den Ministerpräsidenten formiert hat, drei Wochen nach der Zustellung des Berichts so viele Menschen versammeln konnte, wie zuletzt 30 Jahre zuvor in der Endphase des kommunistischen Regimes auf die Straße gegangen waren. Ende Juni forderten in Prag 250.000 Menschen den Rücktritt des Ministerpräsidenten sowie der von seiner Partei Aktion unzufriedener Bürger (Akce Nespokojených Občanů, ANO) und den Sozialdemokraten unter Duldung der Kommunistischen Partei gebildeten Minderheitsregierung. In zahlreichen weiteren Städten fanden ebenfalls Kundgebungen statt.

Allerdings spricht Einiges dafür, dass Babiš dem Druck der Straße standhält und sich auf den Konflikt mit der Europäischen Union einlässt, der die tschechische Europapolitik prägen wird. So sind im politischen Feld keine Konkurrenten auszumachen, die ihm die Macht ernsthaft streitig machen können. Präsident Miloš Zeman steht hinter Babiš. Dies zeigt, dass Ideen und Programm eine nachgeordnete Rolle spielen. Zeman inszenierte sich einst als sozialdemokratischer Europäer, heute als letzter Hüter tschechischer nationaler Interessen, die er zu verteidigen sucht, indem er zwecks Gegenmachtbildung symbolische Bündnisse mit Russland und China gegen eine angeblich übermächtige Europäische Union schmiedet. Babiš hingegen stellte sich als wirtschaftsliberaler Pragmatiker dar. Was sie verbindet, ist die Verteidigung tschechischer Klientelnetzwerke. Exemplarisch kam dies zum Ausdruck, als Babiš Ende April 2019 mit Marie Benešová eine neue Justizministerin nominierte, die als Beraterin Zemans in einem Gutachten erklärt hatte, in Tschechien könnten Strafprozesse – ein solcher läuft wegen Subventionsbetrug gegen Babiš – bestellt werden.³ Zeman ernannte Benešová umgehend, und diese erklärte kurz nach ihrem Amtsantritt in ihrer Funktion als Vorsitzende des Legislativrats der Regierung, sie setze sich für eine Abschaffung des Obersten Gerichtshofs und der Oberstaatsanwaltschaft ein.⁴

Babiš weiß nicht nur Zeman hinter sich, sondern er kann sich auch auf die Unterstützung eines Teils der Wähler verlassen. Während sich große Teile der urbanen Mittelschicht gegen ihn wenden, konnte seine Partei ANO im Verbund mit anderen Gruppierungen, die sich für eine Koalition zur Verteidigung nationaler Interessen anbieten, aufgrund der Unterstützung in den ländlichen und altindustriellen Gebieten bei Wahlen bislang – wenn auch knappe – Mehrheiten erzielen. Dies haben die Wahlen zum Europäischen Parlament bestätigt.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Die Ergebnisse der Wahlen spiegelten – wie schon die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 und die Parlamentswahlen 2017 – die starke Zersplitterung der tschechischen Parteienlandschaft. Die 21 Abgeordneten aus Tschechien, die in den kommenden Jahren im Europäischen Parlament ihr Mandat wahrnehmen werden, verteilen sich auf acht Parteien. Die stärkste Partei, die ANO von Ministerpräsident Babiš, erhielt 21 Prozent, auf Platz 2 folgte mit 14,5 Prozent die nationalliberale Demokratische Bürgerpartei (ODS), die sich seit langem als EU-kritische Formation präsentiert. Lediglich ein Viertel der Wähler stimmte für jene beiden Parteien, die sich eindeutig positiv zur Europäischen

3 „Jen pro prezidenta.“ Benešová odmítla zveřejnit svou zprávu o tom, že je v Česku možné objednat stihání. iRozhlas.cz, 9.5.2019.

4 Kvůli návrhu Benešové by se musela měnit Ústava, říkají státní zástupci k plánu na zeštíhlení justice, iRozhlas.cz, 2.5.2019.

Union positionieren – die linksliberale Piratenpartei (knapp 14 Prozent) und das konservativ-liberale Parteienbündnis der Bürgermeister und Unabhängigen (Starostové a nezávislí, STAN) mit der Gruppierung TOP09 (11,7 Prozent) –, während die rechtspopulistische Anti-EU-Kraft Partei der direkten Demokratie (Svoboda a přímá demokracie, SPD, 9,1 Prozent) mittlerweile den traditionellen linkspopulistischen EU-Kritikern von der Kommunistischen Partei (Komunistická strana Čech a Moravy, KSČM, 6,9 Prozent) den Rang ablaufen. Stabil auf niedrigem Niveau hält sich dank ihrer katholischen Stammwähler in Mähren die Christdemokratische Union (Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová, KDU-ČSL, 7,2 Prozent). Der Versuch dieser einst eindeutig proeuropäischen Partei, mehr Wähler anzuziehen, indem sie in den lauten Chor derjenigen einstimmt, die behaupten, die Europäische Union betreibe eine Zwangsansiedlung von Muslimen in Tschechien, misslang allerdings. Fortgesetzt hat sich der Niedergang der Sozialdemokraten (Česká strana sociálně demokratická, ČSSD), die Tschechien in den Jahren 1998 bis 2004 in die Europäische Union geführt hatte. Sie erzielten weniger als vier Prozent und entsenden keinen einzigen Abgeordneten mehr in das Europäische Parlament.

Dieses Wahlergebnis spiegelt in vielerlei Hinsicht einen europaweiten Trend, etwa den Niedergang der klassischen Linken oder den Zugewinn rechtspopulistischer Parteien. Dieser fiel in Tschechien im Vergleich sehr moderat aus. Mit den Piraten hat sich sogar eine Partei etabliert, die nicht auf unerfüllbare Versprechungen, sondern auf langfristig angelegte politische Arbeit auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene setzt. Relativieren muss man diese Einschätzung jedoch mit Blick auf die Wahlbeteiligung. Diese lag mit 28 Prozent im europäischen Vergleich (EU-28: 50,6 Prozent) sehr niedrig – geringer war sie nur in der Slowakei (22,7 Prozent)⁵ – lag zugleich jedoch zehn Prozent über der Beteiligung fünf Jahre zuvor, als 82 Prozent der Wahlberechtigten den Urnen fern geblieben waren. Gleichwohl darf auch dieses Ergebnis als indirekte Abstimmung über die Legitimität des Europäischen Parlaments gesehen werden. Umso mehr gilt dies für das Prinzip der Spitzenkandidaten bei der Besetzung des Amts des Kommissionspräsidenten. Nimmt man die Haltungen der Parteien zu dieser Frage und ihr Abschneiden bei der Wahl hinzu, kann man kaum behaupten, dass mehr als fünf Prozent der Tschechen es als Ausdruck einer Demokratisierung empfunden hätten, wäre der Amtsinhaber aus den Reihen der stärksten Fraktion oder einer Mehrheitskoalition im Europäischen Parlament hervorgegangen.

Das Beispiel zeigt, dass die Machtinteressen einer Regierung, im Falle von Andrej Babiš sogar die privaten geschäftlichen Interessen des Ministerpräsidenten, mit einem öffentlichen Interesse zusammenfallen können. So wurde die Ablehnung des Prinzips der Spitzenkandidaten durch Ministerpräsident Babiš zwar gelegentlich in dem Sinne interpretiert, dass er wie der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán vor allem verhindern wollte, dass mit dem Niederländer Frans Timmermans ein Mann an die Spitze der Europäischen Kommission gelangt, der sich stark gegen die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in den ostmitteleuropäischen Staaten engagiert hat. Doch zugleich deckt sich seine Position mit der einer großen Mehrheit der Tschechen, die durch ihre Stimme und vor allem ihr Fernbleiben von den Urnen bekundet haben, dass Demokratie in der Europäischen Union sich für sie vor allem von ihrer demokratisch gewählten nationalen Regierung

5 Annähernd gleich niedrig wie in Tschechien war sie in Bulgarien, Kroatien, Lettland, Portugal und Slowenien.

ableitet, die in Grundsatzfragen, in denen nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern einstimmig abgestimmt wird, eine viel stärkere Repräsentation tschechischer Interessen garantieren kann, als es die 21 tschechischen Abgeordneten im Europaparlament mit seinen 751 Mitgliedern tun können. Gleichzeitig greift auch die von Babiš selbst vorgetragene Interpretation zu kurz, die Visegrád-Staaten hätten sich mit der Nominierung von Ursula von der Leyen durch die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union durchgesetzt, hatte sich doch der französische Präsident Emmanuel Macron gegen das Prinzip der Spitzenkandidaten gestemmt, und auch die Bundesregierung hatte sich kaum für dieses engagiert.⁶

Europapolitik als Systemfrage

In Tschechien wird nicht um den Austritt aus der Europäischen Union gerungen. Gleichwohl ist Europapolitik 30 Jahre nach dem Umbruch von 1989 und 15 Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Union mehr denn je in diesem Zeitraum zur Systemfrage geworden. Zur Debatte stehen nicht die Ideen und Interessen tschechischer Parteien oder gesellschaftlicher Gruppen in einzelnen Feldern der europäischen Politik. Auch wenn das politische System in Tschechien keine autoritären Züge angenommen hat, wie dies in Ungarn oder Polen der Fall ist,⁷ so wird doch auch in Prag um die Aufrechterhaltung des demokratischen Rechtsstaats gerungen, an dessen Stelle eine neopatrimoniale Ordnung zu treten droht. Da es nicht allein um die Verteilung tschechischer Gelder in Patronagenetzwerken geht, sondern um öffentliche Gelder aus allen EU-Staaten, ist die Systemfrage eine europapolitische Kernfrage. Zur Debatte steht das Verhältnis von nationalstaatlicher Souveränität und supranationaler Ordnung. Gerungen wird nicht um die Frage von Machtteilung und Kompetenzabgrenzung in formalen Institutionen, sondern um den informellen Zugriff auf Ressourcen.

Weiterführende Literatur

Alica Kizeková et al.: České zajmy v roce 2019. Analýzy ÚMV, Prag 2019.

6 Babiš hatte etwa erklärt, er sehe sich eher im Verbund mit seinen Kollegen aus den Visegrád-Staaten als mit dem europäischen Parteienbündnis Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa (ALDE), dem seine Partei ANO angehört. Unerwähnt ließ er, dass ALDE im Europäischen Parlament die Fraktion Renew Europe gebildet hat, der unter anderem Macrons Partei La république en marche (LREM) angehört. Renew Europe hatte zwar zunächst mit der Dänin Margrethe Vestager eine eigene Kandidatin gestellt, bei der geheimen Wahl aber offensichtlich geschlossen für von der Leyen gestimmt.

7 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Polen“ und „Ungarn“ in diesem Jahrbuch.